

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung
am 12.01.2016
um 17:00 Uhr bis 18:40 Uhr in Remscheid, Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband
Remscheid, Alleestraße 122-124, 42853 Remscheid**

Anwesend sind:

Vorsitz

Frau Tanja Kreimendahl

Ratsmitglieder

Frau Dr. Stefanie Bluth
Herr Mathias Heidtmann
Herr Kai Kaltwasser
Herr Ernst Otto Mähler
Herr Maximilian Siegert
Herr Sebastian Thiel
Herr Peter-Edmund Uibel

Vertretung für Herrn Friese
Vertretung für Frau Keil

Sachkundige Bürger/innen

Herr Sven Chudzinski
Frau Susanne Fiedler
Herr Kai Eric Gerber
Herr Fabian Günther
Herr Thorsten Schwandt
Herr Hans-Gerd Steinheuser
Herr Stephan Weber
Frau Jutta Wilke

Beigeordnete

Frau Barbara Reul-Nocke

von der Verwaltung

Herr Jürgen Beckmann
Herr Wolfgang Putz
Frau Sabine Strüwe Rosenbaum
Herr Michael Zirngiebl

Gäste

Herr Markus Kötter
Herr Wolfgang Klubertz
Herr Rainer Morteln - DRK
Herr Daniel Dolz – DRK
Frau Gabriele Lipka

Schriftführerin

Frau Birgit Mendrysha

Tagesordnung

I. Öffentlich

- | | | |
|--------------|---------|---|
| 1 | | Besichtigung der Räumlichkeiten des DRK, Kreisverband Remscheid, Alleestr. 122 - 124 |
| 2 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 3 | | Niederschrift über die Sitzung vom 16.12.2015 |
| 4 | | Überlegungen des DRK zum Rettungsdienstbedarfsplan
Vortrag von Herrn Dolz - DRK |
| 5 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 5.1 | 15/1960 | Welches Sicherheitskonzept verfolgt die Stadt Remscheid?
Anfrage der CDU-Fraktion vom 23.11.2015 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 16.12.2015 |
| 5.2 | 15/1986 | Welche Rolle spielt der Umweltschutz beim Mobilitäts-Mix der Stadt Remscheid?
Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.12.2015 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 16.12.2015 |
| 5.2.1 | 15/2014 | Welche Rolle spielt der Umweltschutz beim Mobilitäts-Mix der Stadt Remscheid?
Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Remscheid vom 02.12.2015 |
| 5.3 | 15/1991 | Wie wird die Stadt Remscheid mit der "Verordnung zum Schutz freilebender Katzen in bestimmten Gebieten nach § 13b TierSchG" umgehen?
Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.12.2015 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 16.12.2015 |
| 5.4 | | Sachstand bez. geplanter Ersatzpflanzungen |
| 5.4.1 | 15/2030 | Ersatzpflanzungen Ringstraße
Anfrage von Herrn Chudzinski |
| 5.4.2 | 15/2031 | Bebauungsplan Nr. 657 - Gebiet Röntgen-Stadion, Jahnplatz und Kirmesplatz; Ersatzpflanzungen
Anfrage von Herrn Chudzinski |
| 5.5 | 15/2029 | Bausteine eines möglichen Verkehrssicherheitskonzepts für Remscheid
Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.12.2015 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 12.01.2016 |
| 6 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 6.1 | 15/1989 | Sachstand Ersatzstandorte Brauchtumsfeste und Sportanlagen |

- 7** Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 8** Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 9** Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 9.1** 15/1666 Ablehnung der Flächenvergabe an Zirkusbetriebe mit Wildtieren in Remscheid - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 9.1.1** 15/1870 Flächenvergabe an Zirkusbetriebe mit Wildtieren in Remscheid
Antrag von Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Remscheid vom 03.09.2015
- 9.2** 15/1944 Hundertprozentig erneuerbar – Klimaschutz und Energiewende im Bergischen Land umsetzen
- Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Ratsgruppe
- 9.2.1** 15/2017 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Ratsgruppe vom 19.11.2015 mit dem Titel "Hundertprozentig erneuerbar - Klimaschutz und Energiewende im Bergischen Land umsetzen"
- 10** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 10.1** Wiederherstellung des Gehweges im Bereich des Eschbachtals
Anfrage von Herrn Heidtmann
- 11** 15/1875 BP 633 – Gebiet: nördlich Heinrich-Hertz-Straße, östlich Knusthöhe
1. Aufhebung des Beschlusses vom 19.01.2010
 2. Aufhebung des Beschlusses vom 21.01.2010
 3. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes 633 (gem. §§ 2 BauGB i.V.m. 13a BauGB)
 4. Beschluss über die Durchführung der frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (gem. §§ 3 (1) BauGB i.V.m. 13a (2) und 13 (2) BauGB)
 5. Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange und verwaltungsinterne Abstimmung (gem. §§ 4 (1) i.V.m. 13a (2) und 13 (2) BauGB)
- 12** 15/1893 Erneute Offenlage des Entwurfs des Landesentwicklungsplans hier: Stellungnahme der Stadt Remscheid
- 13** Umfang und Regularien des Innenstadtparkens

II. Nichtöffentlich

- 1** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 2** Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- 3** Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 4** Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 5** Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 6** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

I. Öffentlich

1. Besichtigung der Räumlichkeiten des DRK, Kreisverband Remscheid, Alleestr. 122 - 124

Herr Morteln, Geschäftsführer des DRK Remscheid, führt durch die Räumlichkeiten und erläutert, dass in der Alleestr. 122 eine 2-gruppige Kindertageseinrichtung, ein Pflegedienst, der Hausnotruf und die Verwaltung untergebracht sind.

Außerdem befindet sich auf dem Grundstück die Garage für die Fahrzeuge des Rettungs-/Krankentransportdienstes, dies sind z. Z. 4 Rettungs- und ein Notarztwagen, die das DRK gemeinsam mit den Johannitern besetzen sowie 2 Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr. Übernachtungs- /Ruheräume für die Einsatzkräfte stehen in der Alleestr. 124 zur Verfügung. Ziel ist es, kurzum einen eigenen Rettungswagen zu beschaffen.

Neben der Hauptstelle in der Alleestr. betreibt das DRK weitere Dependancen:

- Eine Bereitschaft, Güldenwerth 17
- Einen Ortsverein Lennep, Mühlenstr. 4 sowie
- Einen Ortsverein Lüttringhausen, Rathaus Lüttringhausen mit eigener Küche.

Kreisbereitschaftsleiter Daniel Dolz ergänzt anhand seiner Präsentation – **Anlage 1** der Niederschrift – dass er u. a. für die Abwicklung der ehrenamtlichen Tätigkeit beim DRK zuständig ist.

Er führt aus, dass der Pflegedienst mit dem Angebot der Tagespflege ca. 120 Personen versorgt. Hinzu kommt der 24-Stunden-Hausnotruf, der ca. 600 Bedürftige betreuen kann. Außerdem wird der Kindergarten „Regenbogenland“ betrieben.

Im Krankentransportwesen sind seit ca. 5 Jahren 6 Mitarbeiter fest angestellt, die Fahrzeuge stellen die Berufsfeuerwehr und die Johanniter mit je 2 Fahrzeugen.

Im Flüchtlingswesen werden Fahrten zu den Krankenhäusern übernommen, außerdem wurde eine Spendenhotline ins Leben gerufen.

Ein weiterer zentraler Bereich des DRK ist die Breitenausbildung; jedes Jahr werden über 1.500 Menschen in 1. Hilfe inklusive einer Unterweisung in Frühdefibrillation und anderen Kursen der lebensrettenden Sofortmaßnahmen (z. B. 1. Hilfe am Kind) ausgebildet.

Letztendlich ist das DRK seit über 40 Jahren im Bereich des Krankentransportes ein Kooperationspartner der Berufsfeuerwehr Remscheid.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

2. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Frau Kreimendahl bittet, den Punkt „Überlegungen des DRK zum Rettungsdienstbedarfsplan“ als neuen Tagesordnungspunkt 4 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Des Weiteren bittet sie,

- die Ds.-Nr.: 15/2014 - Welche Rolle spielt der Umweltschutz beim Mobilitäts-Mix der Stadt Remscheid?

Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Remscheid vom 02.12.2015 als neuen Tagesordnungspunkt 5.2.1 und

- die Ds.-Nr.: 15/2017 - Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Ratsgruppe vom 19.11.2015 mit dem Titel "Hundertprozentig erneuerbar - Klimaschutz und Energiewende im Bergischen Land umsetzen" als neuen Tagesordnungspunkt 9.2.1 mit aufzunehmen.

Weitere Änderungen der Tagesordnung werden nicht gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung beschließt folgende Punkte in die Tagesordnung aufzunehmen und mit zu behandeln:

- neuer TOP 4 - Überlegungen des DRK zum Rettungsdienstbedarfsplan
- neuer TOP 5.2.1 - Ds.-Nr.: 15/2014 - Welche Rolle spielt der Umweltschutz beim Mobilitäts-Mix der Stadt Remscheid?
Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Remscheid vom 02.12.2015 und
- neuer TOP 9.2.1 - Ds.-Nr.: 15/2017 - Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Ratsgruppe vom 19.11.2015 mit dem Titel "Hundertprozentig erneuerbar - Klimaschutz und Energiewende im Bergischen Land umsetzen"

3. Niederschrift über die Sitzung vom 16.12.2015

Die Niederschrift über die Sitzung vom 16.12.2015 wird in der vorgelegten Form einstimmig bestätigt.

4. Überlegungen des DRK zum Rettungsdienstbedarfsplan Vortrag von Herrn Dolz - DRK

Herr Dolz stellt die Überlegungen des DRK anhand der als **Anlage 1** der Niederschrift beigelegten Power Point-Präsentation vor. Vor dem Hintergrund des neuen Berufsbildes des Notfallsanitäters berichtet er über die bisherige Einbindung des DRK in den Rettungs- und Katastrophendienst und bittet die Politik um Unterstützung bei der künftigen Einbindung und Neuregelung von Kompetenzen im Rahmen des 2016 neu aufzustellenden Rettungsdienstbedarfsplanes und der Realisierung eines eigenen Rettungswagens für das DRK.

Auf Anfrage von Frau Fiedler erklärt er, dass aufgrund der neuen Vorschriften des BHKGs Rettungswagen nicht mehr ausgeschrieben werden müssen, sondern auch vertragliche Regelungen möglich sind.

Da der für 5 Jahre gültige Rettungsdienstbedarfsplan in 2016 für die nächsten Jahre festgeschrieben werden soll, besteht ein gewisser zeitlicher Druck für Neuregelungen bezogen auf die Einbindung der bisher am Rettungsdienst beteiligten Vereine.

Zur Anfrage von Herrn Heidtmann erklärt Herr Dolz, dass auf der Grundlage der geltenden Verträge im Krankentransportwesen bei Spitzen auch bereits jetzt DRK und Johanniter täglich zur Verfügung stehen. Im Zeitraum vom 01.05. – 31.12.2015 wurden solche Einsätze ca. 40-mal erforderlich.

Abschließend erklärt das DRK nochmals nachdrücklich, dass der Verein sehr daran interessiert ist, einen der städt. Rettungswagen zu übernehmen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und wird die Angelegenheit in 2016 begleiten.

5. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

5.1. Welches Sicherheitskonzept verfolgt die Stadt Remscheid? Anfrage der CDU-Fraktion vom 23.11.2015 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 16.12.2015 Vorlage: 15/1960

Frau Reul-Nocke erläutert, dass das Sicherheitskonzept fortgeschrieben werden soll. Da der KOD in 2015 neu aufgestellt worden ist und sich darüber hinaus erst vor kurzem ein Wechsel an der Spitze ergeben hat, kann ein abschließendes Ergebnis heute nicht vorgelegt werden. Frau Reul-Nocke bittet daher um Zurückstellung in die nächste Sitzung am 08.03.2016.

Der Ausschuss nimmt zustimmend Kenntnis und stellt die Beratung der Angelegenheit in die nächste Sitzung zurück.

5.2. Welche Rolle spielt der Umweltschutz beim Mobilitäts-Mix der Stadt Remscheid? Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.12.2015 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 16.12.2015 Vorlage: 15/1986

Die Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.12.2015 zum Umweltschutz beim Mobilitäts-Mix der Stadt Remscheid wird zur Kenntnis genommen.

5.2.1. Welche Rolle spielt der Umweltschutz beim Mobilitäts-Mix der Stadt Remscheid? Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Remscheid vom 02.12.2015 Vorlage: 15/2014

Herr Heidtmann bedankt sich für die ausführliche Darstellung und bittet, das Anliegen der CDU-Fraktion bei der Neuauflage der Verträge und Anschaffung neuer Dienstfahrzeuge in 2017 zu berücksichtigen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**5.3. Wie wird die Stadt Remscheid mit der "Verordnung zum Schutz freilebender Katzen in bestimmten Gebieten nach § 13b TierSchG" umgehen?
Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.12.2015 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 16.12.2015
Vorlage: 15/1991**

Herr Beckmann berichtet, dass mit der Regelung des § 13 b Tierschutzgesetz (TierSchG) die Landesregierungen ermächtigt wurden, durch Rechtsverordnung den unkontrollierten freien Auslauf fortpflanzungsfähiger Katzen zu beschränken oder zu verbieten, soweit dies zur Verhütung erheblicher Schmerzen, Leiden oder Schäden bei den in dem betroffenen Gebiet lebenden Katzen erforderlich ist. Die zuständigen Ordnungsbehörden müssen daher handeln, sofern die nachstehend aufgeführten 5 Voraussetzungen parallel erfüllt sind:

- Feststellung einer hohen Zahl frei lebender Katzen in einem abgegrenzten Gebiet bestätigt durch BVLA, Tierärzte, Tierschutzorganisationen etc.,
- Vorliegen erheblicher Schmerzen, Leiden oder Schäden bei den in dem betroffenen Gebiet lebenden Katzen (z. B. Parasitenbefall),
- hervorgerufen durch das vermehrte Aufkommen der Katzen und
- andere Maßnahmen zur Problembekämpfung greifen nicht,
- ein Ratsbeschluss zur VO liegt vor.

Nach Aussagen des hiesigen BVLA ist eine hohe Zahl an frei lebenden Katzen im Stadtgebiet von Remscheid nicht zu verzeichnen, so dass ein ordnungsbehördliches Eingreifen nicht erforderlich ist.

Frau Kreimendahl unterbricht die Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung um 17.30 Uhr, um einer engagierten Bürgerin das Rederecht zum Thema einzuräumen.

Die Sitzung wird um 17.35 Uhr fortgeführt.

Auf Anfrage von Herrn Uibel erklärt Herr Beckmann, dass, sollte die Verordnung durch den Rat der Stadt beschlossen werden, alle frei lebenden Katzen, also auch frei laufende Hauskatzen, unter diese Regelung fallen und gechipt werden müssen. Verstöße sind Ordnungswidrigkeiten und können geahndet werden.

Frau Kreimendahl stellt fest, dass derzeit kein Handlungsbedarf durch den Ausschuss gegeben ist.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

5.4. Sachstand bez. geplanter Ersatzpflanzungen

**5.4.1. Ersatzpflanzungen Ringstraße
Anfrage von Herrn Chudzinski
Vorlage: 15/2030**

In Ergänzung der Anfrage von Herrn Chudzinski erläutert Frau Lipka, dass anlässlich des in der vergangenen Woche anberaumten Ortstermins entsprechend dem von Herrn Dr. Schulz in der BV Lennep vorgetragene Ergebnis erneut festgestellt wurde, dass durch fehlerhafte Anpflanzungen bereits Schäden im Bodenbereich entstanden sind und daher 56 Bäume gefällt werden müssen. Die Hälfte dieser Bäume fällt nicht unter die Baumschutzsatzung.

Sie führt weiter aus, dass bezüglich der Ersatzpflanzungen unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Anzahl der notwendigen Neuanpflanzungen bestehen und kritisiert, dass ein schlüssiges Konzept bisher fehlt.

Da die Ringstraße für Besucher das Eingangstor nach Lennep ist, appelliert sie aus ökologischer und optischer Sicht an die Verwaltung, den Umfang der Maßnahme erneut zu überprüfen.

Herr Zirngiebl führt aus, dass eine erneute Überprüfung bereits zugesagt wurde und erfolgen wird. Er weist aber bereits jetzt nachdrücklich darauf hin, dass bei den Bäumen, die aufgrund ihres derzeitigen Umfangs erhalten bleiben können, lediglich ein Aufschub nicht jedoch ein dauerhafter Erhalt zugesagt werden kann.

Er weist darauf hin, dass die BV Lennep dem Vorschlag der Verwaltung nicht gefolgt ist, die erbetene Überprüfung von Ersatzpflanzungen an der Ringstraße jedoch verwaltungsseitig erst nach Abschluss der Fällarbeiten vorgenommen werden kann. Bereits jetzt kann jedoch konstatiert werden, dass aufgrund der sowohl im Gehweg als auch in der Straße verlaufenden Leitungen wenig Raum für Ersatzpflanzungen bleibt. Zu bedenken ist darüber hinaus, dass Maßnahmen zur Anpflanzung von Bäumen dem Ziel der Lärminderung durch das Aufbringen von Flüsterasphalt entgegen wirken und das bisherige Budget zusätzliche Arbeiten zur Schaffung von unterirdischem Wurzelraum nicht vorsieht. Er stellt fest, dass eine Verbesserung des Straßenbildes ggf. die Notwendigkeit zur Erhebung von Anliegerbeiträgen präjudiziert.

S. E. existiert im fraglichen Bereich eine intakte Begrünung auf privaten Flächen.

Frau Fiedler appelliert an die Verwaltung, künftig bereits im Rahmen von Neuplanungen ein qualitativ zufriedenstellendes und schlüssiges Konzept für Baumpflanzungen und Grünbewuchs zu entwickeln. Entsprechendes wird von Herrn Zirngiebl zugesagt.

Die Anfrage von Herrn Chudzinski zu den Ersatzpflanzungen Ringstraße wird zur Kenntnis genommen.

**5.4.2. Bebauungsplan Nr. 657 - Gebiet Röntgen-Stadion, Jahnplatz und Kirmesplatz; Ersatzpflanzungen
Anfrage von Herrn Chudzinski
Vorlage: 15/2031**

Siehe hierzu auch Ausführungen zu TOP 5.4.1

Auch diese Anfrage von Herrn Chudzinski zum Bebauungsplan Nr. 657 - Gebiet Röntgen-Stadion, Jahnplatz und Kirmesplatz; Ersatzpflanzungen nimmt der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung zur Kenntnis.

**5.5. Bausteine eines möglichen Verkehrssicherheitskonzepts für Remscheid
Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.12.2015 zur Sitzung des Ausschusses für
Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 12.01.2016
Vorlage: 15/2029**

Herr Heidtmann bittet, die Angelegenheit zurück zu stellen und den für den 14.01.2016 anberaumten Gesprächstermin abzuwarten, da hier zunächst die Eckpfeiler für ein Konzept besprochen und festgelegt werden sollen.

Herr Beckmann erläutert vorab, dass die Geschwindigkeitsüberwachung vom Grundsatz her eine hoheitliche Aufgabe ist, die nicht grundsätzlich durch private Anbieter übernommen werden kann. Hilfstätigkeiten könnten übertragen werden, brächten aber durch zusätzliche Überprüfungen des Qualitätsstandards und der Einhaltung der Datenschutzbestimmungen keinen wirtschaftlichen Vorteil. Der Einsatz von Leihgeräten zur Durchführung der Überwachung ist grundsätzlich möglich.

Zur Auslastung der mobilen Blitzer stellt er fest, dass derzeit 2 Fahrzeuge in drei Schichten eingesetzt werden:

- Schicht A von 6.00 – 14.15 Uhr
- Schicht B von 14.45 – 22.00 Uhr und
- Schicht C von 6.50 – 15.50 Uhr.

Dies bedeutet für 2015 3750 Stunden Nettomesszeit, d. h. 5 Stunden pro Fahrzeug und Tag.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis und stellt die Angelegenheit im Übrigen in die nächste Sitzung zurück.

6. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

6.1. Sachstand Ersatzstandorte Brauchtumsfeste und Sportanlagen Vorlage: 15/1989

Frau Reul-Nocke erklärt, dass bezogen auf die Ausführungen in der Vorlage keine weiteren, neueren Erkenntnisse vorliegen; Gespräche werden mit allen Beteiligten geführt und die Politik wird, sobald alle Ersatzstandorte festgelegt worden sind, unmittelbar informiert.

Zur Anfrage von Frau Fiedler bezüglich des Baubeginns am Ersatzstandort „Sport“ stellt Frau Reul-Nocke fest, dass derzeit ein Beginn der Arbeiten nicht bekannt ist, zumal die frühzeitige Bürgerbeteiligung erst für die der 2. Jahreshälfte 2016 vorgesehen ist.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

7. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung wurden nicht vorgelegt.

8. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung wurden nicht gemacht.

9. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

**9.1. Ablehnung der Flächenvergabe an Zirkusbetriebe mit Wildtieren in Remscheid - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 15/1666**

Frau Fiedler erläutert nochmal deutlich das Anliegen und stellt fest, dass die Verwaltung bei der Beurteilung der Sachlage nicht mit dem nötigen Feingefühl tätig geworden ist. Sie verweist auf die vorliegende rechtliche Bewertung und bittet, die Angelegenheit erneut zu überdenken.

Frau Reul-Nocke erklärt, dass die Vorlage des Fachdienstes Recht unter Würdigung der bisherigen Rechtsprechung verfasst wurde. Da bisher jedoch lediglich unterschiedliche erstinstanzliche Rechtsprechungen vorliegen, bestehen rechtlich erhebliche Bedenken gegen ein generelles Überlassungsverbot, zumal es bezogen auf betroffene Tierarten an der erforderlichen Bestimmtheit mangelt. Sie bittet, zunächst die Entscheidung eines Obergerichtes abzuwarten.

Frau Fiedler bittet die Verwaltung, weitere rechtliche Erkundigungen einzuziehen und zu prüfen, ob rechtliche Einschätzungen existieren, die ein Verbot unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 2 Nein 12 Enthaltungen 2

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung beauftragt die Verwaltung, Zirkusbetrieben, die bei CITES gelistete Wildtiere mitführen, ab sofort keine städtischen Flächen mehr zu überlassen.

Somit ist der Antrag abgelehnt.

**9.1.1. Flächenvergabe an Zirkusbetriebe mit Wildtieren in Remscheid
Antrag von Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Remscheid vom
03.09.2015
Vorlage: 15/1870**

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.2. Hundertprozentig erneuerbar – Klimaschutz und Energiewende im Bergischen Land umsetzen
- Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Ratsgruppe
Vorlage: 15/1944**

Herr Putz erläutert, dass bereits 7 Maßnahmen in Kooperation mit anderen Gemeinden begonnen worden sind und darüber hinausgehende weitere Kooperationen nicht zielführend

sind. Es sollte nun vermehrt Wert darauf gelegt werden, die beschlossenen Maßnahmen umzusetzen, um den gefassten Grundsatzbeschluss bis zum Jahr 2050 auch tatsächlich zu realisieren.

Frau Reul-Nocke ergänzt bezogen auf die Anmerkung von Frau Fiedler, dass neben den operativen auch strategische Entscheidungen getroffen worden sind, die es nun gilt umzusetzen. Vorrangiges Ziel sollte nun sein, die auf einen Zeitraum von 10 Jahren festgelegten 156 Einzelmaßnahmen fristgerecht zu realisieren und auf weitere Absichtserklärungen zu verzichten, zumal Fördergelder hierfür nicht zur Verfügung stehen.

Die Angelegenheit wird politisch konträr diskutiert.

Abstimmungsergebnis:

Ja 8 Nein 7 Enthaltungen 1

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss und dem Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Zusammenarbeit der Städte Wuppertal, Remscheid und Solingen sowie Leverkusen und den Kreisen Mettmann, Oberberg und Rhein-Berg wird im Hinblick auf die Umsetzung der Energiewende verstärkt.
2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, gemeinsam mit den Oberbürgermeistern und Landräten des Bergischen Landes Kooperations- und Vernetzungsstrategien zu erarbeiten.
3. Dem Rat der Stadt Remscheid wird empfohlen, sich zu verpflichten, zum Schutze des Klimas und unter Berücksichtigung der Anzeichen des bereits begonnenen Klimawandels die notwendigen Schritte einzuleiten, um das Ziel einer 100% Erneuerbaren Energie Region Bergisches Land bis spätestens 2050 umzusetzen.
4. Der Bergische Rat wird aufgefordert, sich ebenfalls der Bergischen Erklärung anzuschließen und gemeinsam mit der Bergischen Gesellschaft und dem Region Köln/Bonn e.V., Fördergelder für diesen Prozess zu akquirieren und die Ziele der „Bergische Erklärung“ weiterzuentwickeln.

9.2.1. Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Ratsgruppe vom 19.11.2015 mit dem Titel "Hundertprozentig erneuerbar - Klimaschutz und Energiewende im Bergischen Land umsetzen" Vorlage: 15/2017

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

10. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

10.1. Wiederherstellung des Gehweges im Bereich des Eschbachtals Anfrage von Herrn Heidtmann

Herr Heidtmann bezieht sich auf die im Eschbachtal durchgeführten Arbeiten am vorhandenen Baumbestand und fragt an, ob und wann die hierdurch entstandenen Schäden im Bereich des Gehweges (Spurrillen) behoben werden.

Herr Zirngiebl führt aus, dass Wege, die im Rahmen von forstwirtschaftlichen Maßnahmen beschädigt werden, üblicherweise zeitnah wiederhergestellt werden. Er wird im vorliegenden Fall recherchieren und Herrn Heidtmann unmittelbar über das Ergebnis unterrichten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

11. BP 633 – Gebiet: nördlich Heinrich-Hertz-Straße, östlich Knusthöhe

- 1. Aufhebung des Beschlusses vom 19.01.2010**
 - 2. Aufhebung des Beschlusses vom 21.01.2010**
 - 3. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes 633
(gem. §§ 2 BauGB i.V.m. 13a BauGB)**
 - 4. Beschluss über die Durchführung der frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung
(gem. §§ 3 (1) BauGB i.V.m. 13a (2) und 13 (2) BauGB)**
 - 5. Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange und verwaltungsinterne Abstimmung (gem. §§ 4 (1) i.V.m. 13a (2) und 13 (2) BauGB)**
- Vorlage: 15/1875**

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt den folgenden Beschluss des Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschusses vom 17.12.2015 zur Kenntnis:

3. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 633 gemäß §§ 2 (1) i.V.m. 13a BauGB

Für den Bebauungsplan 633 Gebiet: nördlich Heinrich-Hertz-Straße, östlich Knusthöhe wird der Aufstellungsbeschluss gefasst. Der räumliche Geltungsbereich ist aus der in der Anlage beigefügten Plangrundlage zu entnehmen.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 633 erfolgt im beschleunigten Verfahren. Mit der Aufstellung dieses Bebauungsplanes sollen folgende städtebaulichen Ziele festgeschrieben werden:

Der Bebauungsplan 633 soll die planungsrechtlich Grundlage für die Realisierung zum Neubau von drei Mehrfamilienwohnhäusern auf einer Tiefgarage darstellen. Darüber hinaus soll der Bebauungsplan die planungsrechtlich Grundlage für die gesicherte Erschließung über die Heinrich-Hertz-Straße sein. Die Fläche des nordöstlich angrenzenden Waldes und der erhaltenswerte Grünbestand wird ebenfalls über den Bebauungsplan gesichert.

Ortsüblich bekannt gemacht werden soll:

- Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 633 gemäß § 2 (1) BauGB,
- Der Hinweis, dass der Bebauungsplan Nr. 633 gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll,
- Das nach § 2 der Bekanntmachungsverordnung NRW verfahren worden ist.

5. Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange und verwaltungsinterne Abstimmung (gem. §§ 4 (1) i.V.m. 13a (2) und 13 (2) BauGB)

Parallel zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung wird die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange und die verwaltungsinterne Abstimmung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

**12. Erneute Offenlage des Entwurfs des Landesentwicklungsplans hier: Stellungnahme der Stadt Remscheid
Vorlage: 15/1893**

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt den folgenden Beschluss des Rates der Stadt vom 18.12.2015 zur Kenntnis:

Die Stellungnahme zur erneuten Offenlage des Entwurfs des Landesentwicklungsplans – im Begründungstext unter 3. Stellungnahme der Stadt Remscheid zu den Änderungen des LEP-Entwurfs, Planungsstand 22.09.2015 – wird beschlossen.

13. Umfang und Regularien des Innenstadtparkens

Herr Beckmann führt aus, dass mit Inkrafttreten der Parkgebührenordnung am 25.04.1989 gem. § 2 pro Familie eine Parkberechtigung ausgegeben werden konnte – Kosten: 100,--

DM. Gemäß entsprechender Ausnahmeregelung konnten Geschäftsanlieger diese ebenfalls beantragen.

Mit Einführung des Bewohnerparkens in den Quartieren war diese Regelung nicht mehr erforderlich; § 2 wurde jedoch erst im Jahr 1995 gestrichen.

Ein Bewohnerparkkonzept wie in Lennep wurde im Innenstadtbereich von Remscheid jedoch aus folgenden Gründen nicht eingeführt:

- Zu hohe Anzahl von Berechtigten
- Keine Berücksichtigung der Geschäftsleute
- Kein freies Parken mehr möglich.

Es gibt z. Z. 17 Parkscheinautomaten. Familien / Geschäftsleute, deren Gebäude mit Zugang zu einer Parkzone liegen, bekommen auf Antrag 1 Ausnahmegenehmigung – ausgenommen ist die Elberfelder Straße im Bereich Ämter-/Ärztehaus.

Gemäß § 46 StVO können Ausnahmegenehmigungen gegen eine Gebühr von 100,-- Euro erteilt werden, die 1 Jahr gültig sind. Derzeit sind 164 Ausweise ausgegeben. Eine Stellplatzgarantie ist nicht gegeben.

Herr Beckmann erklärt, dass eine Ausweitung der bestehenden Bereiche nicht zu empfehlen ist, da dies aufgrund der hohen Nachfrage zum Zusammenbruch des Systems führen würde.

Auf Wunsch der Herren Uibel und Thiel sind Merkblatt und Plan (farbige Version wird in der nächsten Sitzung verteilt) der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

Tanja Kreimendahl
Vorsitzende

Birgit Mendryscha
Schriftführerin